

Glyphosat: EU-Abgeordnete fordern Untersuchungsausschuss

Veröffentlicht am: 12.10.2017



Herbizide (Foto: Chafer Machinery

/ flickr, creativecommons.org/licenses/by/2.0)

UPDATE +++ Erkrankten Menschen durch den Unkrautvernichter Glyphosat nun häufiger an Krebs oder nicht? Um klarer zu sehen, hatte das Europäische Parlament (EP) gestern Experten zu einer Anhörung unter dem Titel „Die Monsanto Papiere und Glyphosat“ nach Brüssel eingeladen. Dabei blieben offenbar so viele Fragen unbeantwortet, dass sozialistische und grüne Abgeordnete einen Untersuchungsausschuss zum Thema einsetzen wollen. Auch die österreichische Umweltorganisation „Global 2000“ hält das für dringender denn je.

Die Anhörung habe gezeigt, „dass wir zu Recht seit längerem daran zweifeln, dass bei der Unbedenklichkeitsprüfung für Glyphosat alles mit rechten Dingen zugegangen ist“, so der grüne Europaabgeordnete Martin Häusling. Damit der Einfluss des Herstellers Monsanto auf die positive Klassifizierung des Wirkstoffs Glyphosat genauer untersucht werden kann, unterstützen die Grünen im EP die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

„Es wird immer offenkundiger, dass der klaffende Widerspruch zwischen der Krebseinstufung der WHO und dem Persilschein der EU auf Manipulation und wissenschaftliches Fehlverhalten zurückzuführen ist“, konstatierte auch Helmut Burtscher, Umweltchemiker von GLOBAL 2000. Zuvor hatte der Chef der Pestizid-Abteilung der Europäischen Behörde für

Lebensmittelsicherheit (EFSA) erneut versichert, Glyphosat sei nicht krebserregend. Basis dieser Einschätzung seien Hunderttausende Seiten an Dokumentation, die 24 betroffene Unternehmen hätten liefern müssen, berichtete der österreichische Standard. Auch habe die EFSA selbst 1500 Studien zur Toxizität von Glyphosat durchgeführt, zitierte das Blatt José Tarazona.

Die Toxikologin Kate Guyton von der Internationalen Krebsforschungsagentur IARC bezeichnete die industriefinanzierten Studien dagegen als wenig aussagekräftig. "Bei finanziellen Interessen fehlt oft die Objektivität", so Guyton laut Wallstreet-online. Die IARC habe ausreichend Beweise gefunden, dass Glyphosat bei Tieren Krebs auslösen könne und vermutlich auch bei Menschen. Auch Christopher Portier von der Maastricht University kritisierte die Entwarnung der EU-Behörden: Sie hätten nicht alle Forschungsergebnisse und damit alle gefundenen Tumore berücksichtigt. Daher könne die Bewertung keinen Bestand haben, so der Krebsforscher.

Zwei wesentliche Akteure entzogen sich der Befragung durch die Abgeordneten: der Hersteller Monsanto und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR). Wie berichtet wird der Behörde vorgeworfen, ihre Gesundheitsbewertung des Unkrautvernichters in wichtigen Teilen aus Gutachten der Hersteller abgeschrieben zu haben. Diese Bewertung wiederum war Grundlage für die Entwarnung der EFSA. Die Europäische Kommission hatte auf dieser Basis vorgeschlagen, die Zulassung für Glyphosat um zehn Jahre zu verlängern. Am 15. Dezember läuft diese Zulassung aus. Die Frage ist, ob sich die EU-Mitgliedsstaaten bis dahin einig werden.

Der nächste geplante Abstimmungstermin wurde soeben auf den 25. Oktober verschoben. Wie aus gut informierten Kreisen verlautete, hatten bei der vorigen Sitzung am 5. Oktober 13 von 28 EU-Mitgliedern den Vorschlag der EU-Kommission unterstützt, den Einsatz von Glyphosat für weitere zehn Jahre zu erlauben. Vier EU-Länder haben sich schon klar dagegen ausgesprochen, darunter Frankreich und Österreich. Viele scheinen aber noch unentschieden, wie das Protokoll der Ausschusssitzung vom 5. Oktober zeigt.

Gespannt wartet man jetzt auf die nächste deutsche Regierung. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich zwar im Wahlkampf klar pro Glyphosat positioniert. Aber die Grünen, mit denen sie jetzt koalieren will, sind dagegen. Und werden dabei offenbar auch im schwarzen Lager unterstützt: "Als Landwirt möchte ich sagen, dass wir auf unserem Betrieb kein Glyphosat einsetzen und dafür auch keine Notwendigkeit besteht", versicherte der CSU-Abgeordnete Albert Deß bei der Anhörung in Brüssel. Für den grünen niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel besteht jetzt eine „reale Chance, dieses Teufelszeug endlich aus der europäischen Landwirtschaft zu verbannen. Wenn die Berliner Vertreter nicht zustimmen“, zitierte ihn die Neue Osnabrücker Zeitung, „ist die Zulassung voraussichtlich vom Tisch.“ [vef]

[Links zu diesem Artikel](#)

- [Wallstreet-online: Glyphosat-Anhörung schürt Misstrauen vieler Europaabgeordneter \(11.10.2017\)](#)
- [Presseinfo GLOBAL 2000: EU-Untersuchungsausschuss zu Glyphosat dringender denn je \(11.10.2017\)](#)
- [DerStandard.at - Glyphosat-Anhörung im EU-Parlament: Monsanto verweigert Teilnahme - Agrarwirtschaft \(11.10.2017\)](#)
- [Standing Committee on Plants, Animals, Food and Feed - Agenda 25.10.2017](#)
- [Extract from the summary report of the Standing Committee on plants, animals, food and feed \(5./6.10.2017\)](#)
- [Europäisches Parlament: Videos und Präsentationen von der Anhörung 'Monsanto papers and glyphosate' \(11.10.2017\)](#)
- [Webseite Martin Häusling: Monsanto-Papers - Grüne Fraktion unterstützt Untersuchungsausschuss ‚Monsanto/Glyphosat‘ \(12.10.2017\)](#)
- [Webseite des sozialistischen EU-Abgeordneten Eric Andrieu - Monsanto Papers: Une commission d'enquête est indispensable! \(11.10.2017\)](#)
- [Europäisches Parlament: Videos und Präsentationen von der Anhörung 'Monsanto papers and glyphosate' \(11.10.2017\)](#)
- [Neue Osnabrücker Zeitung - Umweltminister Wenzel: „Teufelszeug“ Glyphosat verbannen \(12.10.2017\)](#)